

Zeit Zeichen

NUMMER 4 | DEZEMBER 2021 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 66. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€



Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

Existenz sichern – wie? Was kann ein Grundeinkommen?

FOTO: FOTOLIA



Geschlechtergerechte Existenzsicherung
Ein unmögliches Unterfangen? **Seite 7**

Recht auf Einkommen
Ein Grundrecht in der Katholischen Soziallehre
Seite 12

Grundsicherung muss „gute Arbeit“ ermöglichen
Das Bedingungslose Grundeinkommen ein
„Passepartout-Begriff“? **Seite 14**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO:** P. SCHREIBER



Existenz sichern – aber wie? Auch für Beschäftigte oder ehemals Beschäftigte stellt sich diese Frage mit immer größerer Dringlichkeit: wenn sie in Niedriglohnbranchen arbeiten oder prekär beschäftigt sind oder arbeitslos wurden und nach einem Niedriglohnjob oder einer prekären Beschäftigung bei einer Nettoersatzrate von 55 Prozent kaum etwas zum Leben bleibt, wenn sie aufgrund notwendiger privater Sorgearbeit zu wenig einträglicher Teilzeit gezwungen sind oder waren. Die Covid-Pandemie hat die Schrauben zusätzlich angezogen: in Teilzeit, Kurzarbeit oder überhaupt aus Arbeitsverhältnissen gedrängt...

ZeitZeichen widmet sich in der vorliegenden Ausgabe der Debatte, wie angesichts massiver Verwerfungen am Arbeitsmarkt Existenzsicherung gewährleistet werden kann. Was kann ein Grundeinkommen? Die Politologin und langjährige Aktivistin im Netzwerk Grundeinkommen Margit Appel nähert sich einer Antwort aus feministischer Perspektive (S. 8 – 9), Bundesseelsorger Karl Immervoll argumentiert auf der Basis der Katholischen Soziallehre (S. 12 – 13), der Theologe und Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Mar-

kus Schlagnitweit, führt durch das Argumentarium von Papst Franziskus (S. 10 – 11). Kritisch fällt die Auseinandersetzung mit einem Grundeinkommen seitens des Juristen und Soziologen Nikolaus Dimmel aus (S. 14 – 15), der in erster Linie auf „decent work“, also „gute Arbeit“ setzen möchte.

Inwiefern der Arbeitsmarkt Ausgangspunkt für die Verteilung von Lebenschancen und damit Voraussetzung für Existenzsicherung ist, spannt die Soziologin Nina-Sophie Fritsch eingangs auf (S. 4 – 5), die Bedeutung einer Demokratisierung der Wirtschaft für Arbeit und Existenzsicherung beschreibt Andreas Exner, Experte für sozial-ökologische Transformation (S. 16 – 17).

Weiters finden Sie inhaltlich ergänzende Kommentare von KABÖ-Vorsitzender Anna Wall-Strasser (S. 3), Bundesseelsorger Karl Immervoll (S. 6) und der Ökonomin und ständigen Kommentatorin von ZeitZeichen im Jahr 2021, Katharina Mader (S. 7), dazu einschlägige Buchtipps (S. 20) sowie Nachrichten zu Aktivitäten und Positionen der KABÖ. Eine anregende Lektüre wünsche ich!

Adventgedanken

„Wir sind am Ende unserer Kräfte. Wir können nicht mehr.“ – eine Krankenschwester auf einer Intensivstation

„Wenn sich nichts ändert - ändert sich alles“ – Katharina Rogenhöfer angesichts der drohenden Klimakatastrophe

Vor mehr als 2500 Jahren reagiert der Prophet Jesaja auf die Not der Menschen und die Schreie nach Veränderung mit einer Verheißung:

Das Volk, das im Finstern wandert, sieht ein großes Licht; über denen, die das Todesschattenland bewohnen, geht ein Licht auf.... das Joch, das auf ihnen lastete, den Stab auf ihren Schultern, den Knüppel des Antreibers über ihnen hast du zerbrochen... Denn ein Kind ist uns geboren, ein Sohn ist uns gegeben, und die Macht liegt auf seiner Schulter. Sein Rufname ist: ›Wunder-Rat‹, ›Gott-ist-stark‹, ›Mein-Vater und-meine-Mutter-auf-immer‹, ›Im-Dienst-des-Friedens‹.

Jesaja 9, 1-5 aus: *Bibel in gerechter Sprache*

Wir hoffen, dass immer mehr Menschen einstimmen in den Ruf nach Veränderung, dass die Sehnsucht nach Heil und Heil-Werden die Tatkraft stärkt und die Hoffnung lebt.

Ein frohes Weihnachtsfest wünschen
ZeitZeichen-Redaktion und Bundesleitung der Katholischen Arbeitnehmer:innenbewegung Österreich

Lebenschancen entscheiden sich am Arbeitsmarkt

Die Frage der Existenzsicherung angesichts weitreichender Verwerfungen in der Arbeitswelt

Die Frage der Existenzsicherung stellt sich vor allem vor dem Hintergrund massiver Veränderungen am Arbeitsmarkt, der als „Ort der Strukturbildung... eine zentrale Voraussetzung für die Entstehung sozialer Ungleichheit enthält“: **NINA-SOPHIE FRITSCH**, Soziologin an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie an der Universität Potsdam, beschreibt als Expertin für soziale Ungleichheit, Geschlecht, Arbeitsmarkt und Digitalisierung im folgenden Beitrag Verwerfungen am Arbeitsmarkt, die es notwendig machen, Antworten auf die Frage nach einer Existenzsicherung aller zu finden.

Der Arbeitsmarkt ist eine wichtige Institution der Vergesellschaftung und ein Ort der Strukturbildung, die eine zentrale Voraussetzung für die Entstehung von sozialer Ungleichheit enthält (Bonß 2006). Allgemein stellt der Arbeitsmarkt einen wichtigen Mechanismus zur Verteilung von Lebenschancen dar und steht damit nicht nur im Fokus gesellschaftlicher Interessenkonflikte und medialer Aufmerksamkeit, sondern bestimmt über den Grad der sozialen Teilhabe und legt den Grundstein für Entscheidungen und Handlungen in anderen Lebensbereichen.

Organisation von Arbeit als Ursprung von Ungleichverhältnissen

In diesem Verteilungsprozess trägt die Organisation von Arbeit entscheidend zur Entstehung von Macht- und Ungleichverhältnissen bei, die in Österreich unterschiedlich stark zwischen den Geschlechtern ausgeprägt ist. Obwohl Frauen zunehmend stärker in den Arbeitsmarkt integriert sind und sich Qualifikationsprofile von Frauen und Männern angleichen, bleibt eine Trennung zwischen den Geschlechtern in zahlreichen Bereichen bestehen: Frauen und Männer üben andere Berufe aus (Frauen arbeiten v.a. in kaufmännischen und personenbezogenen Dienstleistungsberufen oder im Gesundheits- und Sozialwesen; Männer bevorzugen technische Berufe), Frauen

verdienen im Durchschnitt weniger und unterbrechen ihre Berufsbiografie wesentlich häufiger als Männer (Fritsch 2018, 2014).

Arbeitsmarktflexibilisierung, Entstandardisierung, Globalisierung trifft Risikogruppen

In den letzten Dekaden kommt es zu massiven Veränderungen in der Arbeitswelt, die meist unter dem Schlagwort der Arbeitsmarktflexibilisierung diskutiert werden (Teitzer et al. 2014). Durch zunehmende Konkurrenz in globalisierten Märkten, veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Stichwort: Anstieg der Arbeitslosigkeit) und Liberalisierungen im Bereich der Leiharbeit und Werkvertragsarbeit wird der Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt größer. In der Folge ist eine Restrukturierung des Arbeitsmarktes zu beobachten, welche eine Entstandardisierung von Beschäftigungsverhältnissen, einen Zuwachs von atypischen Beschäftigungsverhältnissen sowie eine Zunahme von Ungleichheit in den Löhnen und Einkommen mit sich bringt (Hermann/Flecker 2009). Diese Restrukturierungen am Arbeitsmarkt treffen allerdings nicht alle Beschäftigten in gleichem Ausmaß - vielmehr sind bestimmte Risikogruppen besonders betroffen. Dazu gehören neben Frauen z.B. auch Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau oder Erwerbstätige mit Migrationshintergrund.



Fritsch: Frauen arbeiten vermehrt in prekären Erwerbsverhältnissen - z.B. in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnsektor.

FOTO: PIXABAY

Indikatoren für Ungleichheit und Prekarität

Tabelle 1 enthält dazu eine Reihe von Indikatoren, mit denen die Entwicklungen und zeitliche Trends dargestellt werden können (Zeitraum 2010-2020). In den letzten Jahren steigt die Erwerbsquote in Österreich an, wobei dies in erster Linie auf den Zuwachs von weiblichen Beschäftigten zurückzuführen ist. Gleichzeitig sehen wir, dass Frauen vermehrt in prekären Erwerbsverhältnissen arbeiten - z.B. in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnsektor. 2020 arbeitet fast jede zweite Frau in Teilzeit

Tabelle 1: Indikatoren zum österreichischen Arbeitsmarkt getrennt nach Geschlecht 2010–2020 (Anteile in Prozent)

	Erwerbsquote [*]			Teilzeit [#]			Befristung			Niedriglohn [†]			Working Poor ^{**}			Gender Pay Gap
	M	F	G	M	F	G	M	F	G	M	F	G	M	F	G	
2010	80,0	68,9	74,4	8,0	43,2	24,4	9,8	8,9	9,4	8,2	24,8	15,0	7,9	6,9	7,5	24,0
2015	80,1	70,9	75,5	9,8	46,8	27,3	9,1	9,1	9,1	8,7	23,1	14,8	8,3	7,2	7,8	21,8
2020	81,0	72,1	76,6	9,7	46,9	27,2	8,3	8,1	8,2	9,3	22,4	14,8	7,8	6,4	7,2	19,9+

Quelle: Eurostat-Daten (www.eurostat.ec.europa.eu); Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren an der Gesamtheit derselben Altersklasse;

* Erwerbsquote nach ILO-Definition; #Teilzeit: Anteil der Beschäftigten, die angeben, weniger als 35 Stunden pro Woche zu arbeiten;

† Niedriglohn = 2/3 des Medianlohns - Basis: Verdienststrukturerhebung der Jahre 2010, 2015, 2018;

‡ Unselbständige in Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten (vgl. Fritsch et al. 2019);

~ Working Poor = Armutsgefährdete Personen im Erwerbsalter (18-64 Jahre), die im Verlauf des Einkommensreferenzjahres länger als sechs Monate Voll- oder Teilzeit erwerbstätig waren (vgl. Verwiebe/Fritsch 2011);

+ Daten für 2019 verfügbar;

und mehr als jede fünfte Frau in einem niedrig entlohnten Job. Auf Männer trifft dies in einem deutlich geringeren Ausmaß zu. Auch der Gender Pay Gap verweist auf die geschlechtsspezifische Ungleichheit: Frauen verdienen im Durchschnitt in Österreich ca. 20 Prozent weniger pro Bruttolohnstunde als Männer. Diese ungleiche Verteilung ist auch im europäischen Vergleich stark ausgeprägt und verweist auf eine immer noch vorherrschende Orientierung der Institutionen an einem konservativen familienzentrierten Wohlfahrtsstaatsmodell (Verwiebe et al. 2013). Ein weiterer Indikator um Prekarität am Arbeitsmarkt zu beschreiben, ist der Anteil jener Personen, die trotz eines aufrechten Beschäftigungsverhältnisses mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze zu liegen kommen. In Österreich gehören derzeit rund sieben Prozent der Gruppe der Working Poor an.

Auswirkungen der Pandemie

Zuletzt erhöhen auch gesundheitspolitische Herausforderungen der COVID-19 Pandemie und ihre Maßnahmenpolitik den Druck auf das Sozial- und Gesundheitssystem, aber auch auf den Arbeitsmarkt. In Folge der Gesundheitskrise sind die Verwerfungen am Arbeitsmarkt deutlich spürbar, z.B. durch massiv gestiegene An-

teile an Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Studien in diesem Bereich bestätigen, dass die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht haben (z.B. Bittschi et al. 2020).



Arbeitsmarktflexibilisierung, Liberalisierung, Entstandardisierung in der Arbeitswelt – die daraus resultierende Prekarität trifft vor allem Risikogruppen, so Soziologin Fritsch.

FOTO: SANDRA SCHOLZ

LITERATUR

Bittschi, B. et al. (2020) Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020-2021: Zögerliche Erholung von der COVID-19-Krise. Wien: IHS.

BonB, W. (2006). Beschäftigt - Arbeitslos. In Lessenich, S. & Nullmeier, F., Deutschland - Eine gespaltene Gesellschaft (53-72). Frankfurt: Campus.

Fritsch, N.-S. (2014) Warum Wissenschaftlerinnen die Universität verlassen. SWS-Rundschau, 54(2), 159-180.

Fritsch, N.-S. (2018) Arbeitsmarkt, Berufe und Geschlecht in Österreich. SWS-Rundschau, 58(3), 307-327.

Fritsch, N.-S. et al. (2019) Declining Gender Differences in Low-Wage Employment in Germany, Austria and Switzerland. Comparative Sociology, 18(4), 449-488.

Hermann, C., & Flecker, J. (2009) Das „Modell Österreich“ im Wandel. In Hermann, C. & Atzmüller, R., Die Dynamik des „österreichischen Modells“ Berlin: Edition Sigma.

Teitzer, R. et al. (2014) Arbeitsmarktflexibilisierung und Niedriglohnbeschäftigung: Deutschland und Österreich im Vergleich. WSI-Mitteilungen, 67(4), 257-266.

Verwiebe, R., & Fritsch, N.-S. (2011) Working Poor in Österreich. Verliert das Normalarbeitsverhältnis seinen armutsvermeidenden Charakter? In Verwiebe, R. Armut in Österreich (149-167). Wien: Braunmüller

Verwiebe, R. et al. (2013) GINI Country Report: Growing Inequalities and their Impacts in Austria. Amsterdam: AIAS.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Stellen Sie sich vor: Sie liegen im Bett, es ist kalt im Raum und Sie schlüpfen unter die warme Decke. Doch wie Sie diese auch ziehen und wenden, immer zieht es irgendwo herein. Entweder die Füße sind kalt, oder der Brustkorb, oder die Schulter ist nicht bedeckt. Die Tuchent ist einfach zu kurz. Da können Sie sich noch so klein machen und zusammenkauern, es wird kein guter, ungestörter Schlaf zu finden sein. So geht es im übertragenen Sinn vielen hier in unserem Sozialstaat Österreich. Die finanzielle Basis für ein gutes Leben in Würde und Selbstbestimmung ist nicht gesichert. Das gilt für Niedrigverdiener:innen, ob Frau (zumeist) oder Mann, ob angestellt oder prekär selbstständig ebenso wie für viele Pensionistinnen, für Menschen mit Beeinträchtigung oder chronischen Krankheiten. Es gilt auch für Arbeitslose wegen der niedrigen Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld, und für Sozialhilfebezieher:innen, die aus einem Mix an Gründen nicht am Arbeitsmarkt bestehen können. Und für jene, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, und daher nicht ganztags erwerbsarbeiten können. Das Phänomen der zu kurzen Tuchent hat nichts mit mangelnder Leistung zu tun, vielmehr mit dem, was als Leistung gesehen und anerkannt wird. Die Bundeskonferenz der KABÖ hat sich mit einem Gegenentwurf zu diesem realen Szenario beschäftigt: mit der Vision eines existenzsichernden Grundeinkommens für alle. Eine ga-

rantierte materielle Basis steht jedem Menschen zu und ist die Voraussetzung für ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben. Dabei sind wir überzeugt, dass Erwerbsarbeit auch und gerade unter gesicherten Verhältnissen eine wesentliche Rolle spielen wird. Arbeit vergesellschaftet uns. Menschen wollen arbeiten, aber eben nicht unter allen Bedingungen und zu jedem Preis. Ein Grundeinkommen würde jeder Arbeit einen Wert zumessen, auch der bisher unbezahlten. Ein sicheres Auskommen würde jede Menge Phantasie und Kreativität freisetzen, das gemeinsame Leben und die Umwelt, die Gesellschaft zu gestalten. Wichtig dabei ist eine tatsächlich existenzsichernde Höhe (also derzeit mindestens 1.300 Euro), sowie eine gemeinschaftliche staatliche Infrastruktur zur Bereitstellung dessen was alle brauchen: eine bedarfsgerechte Pflege und Gesundheitsversorgung, emanzipatorische Bildung, öffentlichen Verkehr, leistbares und gemeinschaftsförderndes Wohnen, ... Dass es nicht am Geld scheitern würde, ist angesichts des vorhandenen Reichtums evident. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob immer mehr Menschen unter einer zu kurzen Decke sich abfrieren und weiter abstampeln müssen um irgendwie über die Runden zu kommen – oder auf einem sicheren materiellen Fundament für sich und andere sinnvoll tätig sein können. Die KAB wird die Debatte um Grundeinkommen, Arbeit und Existenzsicherung jedenfalls weiterführen.



Frauenstudientag der KABÖ

Obwohl wissenschaftlich klar ist, dass wir auf die Klimakatastrophe zusteuern, ändert sich in der Politik nichts. Diese Erkenntnis war für Katharina Rogenhofer der Anstoß, Klimaaktivistin zu werden. Die Sprecherin von Fridays for Future Österreich referierte beim Studientag der KABÖ-Frauen am 2. Oktober in St. Pölten über notwendige Maßnahmen und Lösungen. Ein wirksames Klimaschutzgesetz und eine CO₂-Steuer sind zwei davon. „Der Druck muss von der Straße kommen“, ist Katharina Rogenhofer überzeugt.

FOTO: KABÖ

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Katharina Mader ist Ökonomin und seit 2021 in der Abteilung Frauen und Familie der Arbeiterkammer Wien tätig. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der WU Wien und Elisabeth-List-Senior Fellow an der Universität Graz. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Feministische Ökonomie, Care-Ökonomie und unbezahlte Arbeit sowie Gender Budgeting und geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik.

FOTO: PAMELA RUSSMANN



Wege zur Existenzsicherung aller – eine feministische Perspektive

Eine Existenzsicherung für alle und ein gutes Leben für alle sind gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen die dringlichsten Fragen und gleichzeitig jene, die oft völlig ausgeklammert werden. Die amerikanische Ökonome Professorin Stephanie Seguino zieht aus der letzten großen Finanz- und Wirtschaftskrise zumindest drei große Lehren:

Erstens führen Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich im Zuge von ökonomischer Instabilität zu langfristigen negativen Effekten auf die menschliche Entwicklung. Schlechtere Lebensbedingungen von Frauen und ein eingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bedeuten oftmals eine verminderte Wohlfahrt der Kinder - es steigt sowohl die Arbeitsgefährdung von Frauen als jene von Kindern.

Zweitens könnten öffentliche Investitionen auch so gestaltet werden, dass Ungleichheiten zwischen Gruppen in der Zeit nach einer Krise ab- statt zunehmen. Dafür müssten Ausgaben für Soziales als öffentliche Investitionen, und zwar in menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, anerkannt werden. Diese führen nicht nur zu positiven Beschäftigungseffekten, die Frauen stärker zugutekommen und somit Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt reduzieren, sondern auch zu langfristigen Produktivitätssteigerungen durch den Ausbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

Drittens müssen die Rollen von Geld- und Fiskalpolitik komplett auf den Kopf gestellt werden. Geldpolitik sollte sich auf die Realwirtschaft, insbesondere Vollbeschäftigung, fokussieren, statt allein die Inflation im Auge zu behalten. Fiskalpolitik sollte sich auf Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur konzentrieren.

Wir sehen also: eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge unterstützt unser aller Überleben und ermöglicht uns ein gutes Leben – besonders in Krisenzeiten. Modellberechnungen für die USA zeigen, dass Investitionen in den Ca-

re-Bereich einen doppelt so hohen Beschäftigungsimpuls als Infrastrukturinvestitionen mit sich bringen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie, die versucht eine Aufwertung des Care-Sektors zu simulieren. In diesen Simulationen für verschiedene OECD-Länder ist der Beschäftigungseffekt von Investitionen im Care-Sektor um 60% höher als im Bau-Sektor. Auch für Österreich zeigt etwa eine Analyse des WIFO, dass davon ausgegangen werden kann, dass es für jeden öffentlich investierten Euro in der Langzeitpflege zu einem Rückfluss von 70% für die öffentliche Hand durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben kommt.

Investitionen im Care-Bereich lohnen sich also besonders! In Österreich bedarf es einer Aufstockung der Mittel bzw. Investitionen im Sozialbereich in mehrfacher Milliardenhöhe. Ein umfassendes Gesamtpaket hat das Netzwerk „Mehr für CARE!“ (<https://mehr-fuer-care.at/>) entwickelt und fordert, dass für die entsprechenden Bereiche (Pflege, Betreuung, Versorgung, Bildung etc.) ausreichend Geld und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Care-Arbeit muss zugleich radikal neu bewertet werden. Dafür reicht es nicht aus, unbezahlte Sorgearbeit durch den Markt regeln zu lassen oder einige systemerhaltende Berufe ein bisschen besser zu bezahlen. Wir brauchen eine Kombination aus den alten feministischen Forderungen nach ökonomischer Umverteilung zwischen den Geschlechtern, kultureller Anerkennung von typischerweise den Frauen zugeschriebenen Arbeiten, und politischer Repräsentation von Frauen.

Wie dies konkret aussehen kann, dazu habe ich gemeinsam mit Daniel Haim und Jana Schultheiss an einem Artikel gearbeitet, der Ende des Jahres im Kurswechsel (<http://www.beigewum.at/kurswechsel/jahresprogramm-2021/>) erscheinen wird, es lohnt sich dort weiterzulesen!

Geschlechtergerechte Existenzsicherung – geht das?

Über Geschlechtergerechtigkeit, Verteilung und die Rolle eines Grundeinkommens

Wie kann eine geschlechtergerechte Existenzsicherung hergestellt und gewährleistet werden? Geschlechterfragen sind Verteilungsfragen, erklärt **MARGIT APPEL**, Politikwissenschaftlerin, freie Autorin und Referentin, seit vielen Jahren engagiert im Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt. Im folgenden Beitrag analysiert Appel den Zusammenhang von Geschlechtergerechtigkeit und Verteilung und argumentiert im Blick auf eine geschlechtergerechte Existenzsicherung die Vorteile eines Grundeinkommens.

Ist es wirklich ein unmögliches Unterfangen, den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat geschlechtergerecht zu organisieren? Scheint so! Erwerbseinkommen und Sozialleistungen, für die Mehrheit der Frauen die entscheidenden Quellen ihrer Existenzsicherung, haben nach wie vor eine Schlagseite.

Gleichstellungspolitik, Frauenfördermaßnahmen, Anti-Diskriminierungsbestimmungen? Das sind Ergebnisse unglaublich zäher Kämpfe, die immer erst ein Problembewusstsein für den „Tatbestand“ der Benachteiligung von Frauen qua Geschlecht schaffen mussten. Diese Kämpfe, von Frauenorganisationen, Gewerkschaften, politischen Mandatarinnen, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen geführt, haben viel erreicht. Gender-Pay-Gap, Altersarmut von Frauen als Folge skandalös niedriger Frauenpensionen, unfassbar hohe Kinderarmut in Alleinerzieherinnen-Haushalten, unwürdige Abhängigkeiten von Partner:innen, jede Menge schwer zu erfüllende Auflagen für Sozialleistungen? Das sind die hartnäckigen Problemlagen, die es nicht nur rechtfertigen, sondern gebieten, Existenzsicherung speziell aus einer feministischen Perspektive weiterhin zum Thema zu machen. Gerade jetzt!

Brennglas Corona-Krise

So oft war in den letzten Monaten vom Brennglas-Effekt der Corona-Krise die Rede: gesellschaftliche

Misstände und schlecht verdeckte Ungerechtigkeiten würden sich überdeutlich zeigen. Für die Benachteiligung von Frauen trifft das unübersehbar zu! Home-Office, Home-Schooling, und Social Distancing bestätigten bzw. förderten in Paar-Haushalten die traditionelle Geschlechterrolle; die Bürde der Ein-Eltern-Haushalte verschärfte sich, weil Betreuungsarbeit noch weniger bzw. gar nicht ausgelagert werden konnte. Studien zum ersten Corona-Jahr belegen die Zunahme gesundheitlicher, vor allem psychischer Belastungen von Frauen; sie berechneten die Einkommensverluste, die Frauen durch eingeschränkte Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit entstanden. Wie aus Jahrzehnten feministischer sozialwissenschaftlicher Forschung traurig vertraut, war auch in den Analysen der aktuellen Krise festzustellen: „Da diese (systemerhaltenden, frauendominierten Berufe wie Handel, Pflege, Schule, Elementarbildung,...) oft nah an der unbezahlten Arbeit sind und die im Privaten nicht wertgeschätzt wird, ist das eigentlich nur ein Übersetzen in die Arbeitswelt, wo genau diese Arbeiten auch nicht wertgeschätzt und deshalb so schlecht bezahlt werden.“ (Katharina Mader, Ökonomin).

Metaller streiken, Pflegerinnen auch

Die Metallgewerkschaft hat die heurigen Kollektivvertragsverhandlungen kürzlich ziemlich erfolgreich abgeschlossen. Um die Forderungen durchzusetzen gab es Warnstreiks. Dieser



Margit Appel: „Für den Großteil der gesellschaftlichen Akteur:innen ist... klar, dass wir in Sachen geschlechtergerechter Existenzsicherung mittendrin stehen und es noch viel zu tun gibt.“ **FOTO: PIXABAY**

Tage gab es auch Streiks bzw. Betriebsversammlungen der Elementarpädagoginnen und des Gesundheits- und Pflegepersonals in mehreren Städten. Das ist ungewöhnlich! Ist es nicht ein ungeschriebenes Gesetz, dass die Arbeitnehmer:innen – im Elementarpädagogik- und Pflegebereich vorwiegend Frauen – Arbeitsbedingungen bedingungslos hinzunehmen haben? Streiks würden ja unmittelbar Menschen zu Schaden kommen lassen – so der moralistische Diskurs dazu. Menschen, um die sich Frauen aus Liebe, aus Berufung, aus endlos belastbarem Pflichtgefühl kümmern, oder? Egal ob in der Familie oder in den von ihnen gewählten Berufen und Tätigkeiten. So wie Katha-



Margit Appel: „Ein Grundeinkommen stärkt die Verhandlungsmacht von Frauen für die gerechtere Aufteilung der unbezahlten Arbeit“.

FOTO: PRIVAT

rina Mader sagt: als unbezahlte Arbeit, nicht wertgeschätzt, als Erwerbsarbeit schlecht bezahlt.

Geschlechterfragen sind Verteilungsfragen

Es mag politische Kräfte und gesellschaftliche Gruppierungen geben, für die dieses ganze Geschlechtergerechtigkeitsthema gegessen ist. Geschlechterfragen sind ganz wesentlich Verteilungsfragen und diese interessieren sie nicht; nach dem Motto: den einen wird gegeben... das männliche Geschlecht, die namhafte Erbschaft, die Gelegenheit zur Ausbeutung, die Chance auf einträgliche Korruption, die Kraft zu außerordentlicher Leistung. Die anderen müssen schauen, wo sie bleiben. Für den Großteil der gesellschaftlichen Akteur:innen ist aber klar, dass wir in Sachen geschlechtergerechter Existenzsicherung mittendrin stehen und es noch viel zu tun gibt. Mehrheitlich setzen sie auf Verbesserungen der primären Einkommensverteilung. Das heißt, es geht um's Dranbleiben und ständige Verbessern der Arbeitsmarktintegration von Frauen mit allem was dazu gehört (Bildung/Ausbildung; Bekämpfung gläserner Decke, Eintreten für Lohntrans-

parenz,...). Geringe Teilzeitanstellungen werden ebenso kritisch gesehen, wie lange Auszeiten für die Kinderbetreuung. Allgemeine Arbeitszeitverkürzung und ständiger Ausbau der Betreuungsinfrastruktur im Kleinkind- und Schulalter sind klare Forderungen.

Rolle und Wirkung des Neoliberalismus

Vielleicht wären wir dem Ziel der geschlechtergerechten Existenzsicherung über den Weg der Primärverteilung näher, wenn da nicht bald vierzig Jahre Neoliberalismus dazwischen gekommen wären. Der Neoliberalismus setzt massiv auf Primärverteilung – die Menschen sollen ausschließlich darauf angewiesen sein. Ein Korrigieren dieser Abhängigkeit durch sekundäre Verteilung und staatliche Ordnungspolitik soll es nicht geben. Wie wir heute wissen, dient der Primat der primären Einkommensverteilung vor allem den oberen Einkommensbezieher:innen, für viele Erwerbstätige hat er eine Prekarisierung der Lebensverhältnisse zur Folge. Als orthodox-ökonomisches Konzept suggeriert die primäre Einkommensverteilung, dass die Marktentlohnung nach Produktivitätskriterien erfolgt und jede:r nach den eigenen Leistungen entlohnt wird. Insbesondere dieser Punkt zeigt, was für ein verengtes Konzept sie ist. In der orthodoxen Ökonomie wird primäre Verteilung am Arbeitsmarkt erfasst – all das, was Frauen unbezahlt an primären Leistungen im Haushalt erbringen und womit sie mittelbar auch die Erwerbsökonomie versorgen, ist ausgeschlossen.

Verteilung breit denken

Welchen Anteil jemand aus der primären Einkommensverteilung erzielen kann, hängt von ihrer/seiner Marktmacht ab. Wie argumentiert, ist es dringend geboten, die Marktmacht von Frauen zu stärken. Hier kommt das Bedingungslose Grundeinkommen als Instrument der Sekundärverteilung ins Spiel, das sehr wohl Auswirkungen auf die Primärverteilung hat. Etwa ord-

nungspolitisch: gerade Frauen fehlen oft freie Zeit und die materielle Basis um als Bürgerinnen, als politische Subjekte, für ihre Rechte eintreten zu können. Mit einem Grundeinkommen könnten sie sich für die Verabschiedung entsprechender Gesetze stark machen. Oder machtpolitisch: ein Bedingungsloses Grundeinkommen – oft als Schwächung der Gewerkschaften dargestellt – stärkt gerade auch Frauen in ihrer Verhandlungsmacht hinsichtlich besserer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich weniger „risikoavers“ verhalten und haben mehr Möglichkeiten, innerbetrieblich oder auf anderen gewerkschaftlichen Ebenen aktiv zu sein. Oder hinsichtlich der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit: Ein Grundeinkommen ist bedingungslos, weil der Nachweis von Bedürftigkeit entfällt, keine Ansprüche auf Sozialleistungen nachgewiesen werden müssen und Arbeitsbereitschaft ebenso wenig demonstriert werden muss, wie Anpassung an Geschlechterrollen. Diese Art von Einkommen stärkt die Verhandlungsmacht von Frauen für die gerechtere Aufteilung der unbezahlten Arbeit.

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6
Herausgeberin: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at
Geschäftsführerin: Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteurin:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Martin Hohegger, Mag.^a Gabriele Kienesberger, Mag.^a Anna Wall-Strasser
Verwaltung/Anzeigen: Mag.^a Gabriele Kienesberger
Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at
Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger u. Drⁱⁿ Sonja Meißl
Hersteller und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg
Bankverbindung: Schelhammer Capital 1832, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659
Hinweis: Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und Anzeigenpreise erhalten Sie im Büro der KABÖ.**

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war 1983 – 2020 Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und viele Jahre tätig als Unterrichtender an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HIN-GEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ. **FOTO:** ERHARD HOIS



Der Traum vom (Dorf-)Leben

Erika mag ihr Dorf. Sie ist hier in die Volksschule gegangen, 14 Kinder, manchmal auch ein wenig mehr, in einer Klasse, vier Schulstufen. Der Lehrer hatte seine Wohnung im Schulhaus, heute steht es leer. Gegenüber der Schule war der Dorfladen. Sie erinnert sich an die Stollwerk, die sie sich manchmal leisten durfte. Aber in dem Laden bekam man natürlich auch wichtigere Sachen, wie Nägel, Schuhbänder und Lebensmittel. Natürlich ist das Geschäft längst geschlossen. Nur in der Auslage stehen noch ein paar Dekorationsgegenstände: eine Schachtel Waschpulver, eine Gugelhupfform und ein ausgebleichter Regenschirm. Ein wenig abseits auf dem Hügel steht die Dorfkirche. Seit aber die alte Frau Schober gestorben ist, läutet die Glocke nicht mehr. Es hat sich niemand dafür gefunden, hat niemand die Zeit rechtzeitig zu läuten. Ein elektrisches Geläute zahlt sich nicht aus. Für wen auch?! Die Eingangstür ist verschlossen. Es gab dann noch einen Schuster, einen Schmied, der meist auch Landmaschinen und Werkzeug reparierte, und natürlich Bauern. Die gibt es heute noch, nur nicht so viele. Die Verbliebenen sind dafür umso größer mit imposantem Fuhrwerk.

Am Fuß des Hügels, unterhalb der Kapelle, gab es auch ein Wirtshaus. Es hatte einen Saal in dem alles stattfand, wenn viele Leute zusammenkamen: Hochzeiten, Geburtstagsfeiern, Faschingsbälle, Veranstaltungen, Vorträge und Begräbnismahle. Die Wirtsleute sind schon alt, sie leben noch im Haus, aber der Betrieb ist längst geschlossen. Niemand will übernehmen. Die Kinder sind weg, die Enkelkinder wollen nicht zurück, haben hier keine Zukunft. Es zahlt sich eben nicht aus. Bleibt nur noch das Feuerwehrhaus mit bescheidener Ausrüstung. Dort treffen sich die Männer jede Woche, jeden Mittwoch Abend. Die Frauen sind nur bei den wenigen festlichen Anlässen dabei. Dann sind sie meist mit Schürze bekleidet im Hintergrund, während die Männer in Uniform vorne stehen. Früher gab es als Treffpunkt für die Frauen das Milchhaus. Aber das hat seine Funktion verloren.

Erika ist gegen den Strom der Abwanderung zurückgekommen. Sie ist eben 50 geworden und will aussteigen aus der Mühle ihrer bisherigen Erwerbsarbeit in einem Lebensmittelbetrieb, will weniger oder anders arbeiten. Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie sich einiges erspart. Gregor ist in der Computerbranche, für ihn ist es nicht so wichtig, wo er arbeitet. Das meiste geht eh übers Netz. Nun sind sie in den alten Bauernhof ihrer Eltern gezogen. Mit dem Ersparten möchten sie renovieren, umbauen und Neues schaffen, irgendwie mit Kräutern, Salben und Tee, oder auch Seminare. Der Hof bietet dafür viele Möglichkeiten inmitten der schönen Landschaft des Waldviertels.

Nun sitzt sie auf der Bank vor der Kirche und schaut in die Zukunft, schaut auf das Dorf. Es soll in Zukunft ein Grundeinkommen geben. Erika würde es den Druck nehmen unbedingt wirtschaftlich erfolgreich sein zu müssen. Das würde auch für Martin, den Bauern gelten, der gerade in einem Höllentempo mit seinem Traktor das Feld eggt. Er könnte umstellen auf behutsame Landwirtschaft und Pflege der Landschaft, vielleicht die gepachteten Felder, die er ohnehin kaum schafft, wieder an Martha und Peter zurückgeben, damit diese ihren Betrieb wieder aufnehmen. Werner bräuchte nicht mehr in die Stadt pendeln, sondern könnte seine handwerklichen Fähigkeiten im Dorf anbieten. Vielleicht würde Martha auch wieder mit dem Theaterspielen beginnen. Christoph könnte mit seiner Harmonika aufspielen, das Wirtshaus würde wieder belebt werden können. Inge wollte schon immer einen kleinen Laden mit Büchern und allerhand Sachen. Alle im Ort hätten mehr Geld zur Verfügung, neue lokale Wirtschaftskreisläufe könnten entstehen, Junge wieder nach ihrer Ausbildung zurückkommen. Und bald würde die Glocke der Kapelle wieder rufen.

Erikas Gedanken fliegen in eine bunte Welt der Möglichkeiten. Träumt sie?

Die Idee vom universellen Grundeinkommen

Argumente und Vorstellungen von Papst Franziskus

Erst kürzlich, am 15. Oktober dieses Jahres, hat sich Papst Franziskus in einer Videobotschaft erneut für die Einführung eines „universellen bedingungslosen Grundeinkommens“ ausgesprochen. Der Papst beschäftigt sich seit Jahren mit der Frage, wie es gelingen kann, die existentielle Sicherung von Menschen weltweit zu gewährleisten, die Corona-Pandemie hat den Druck, Lösungen zu finden, erhöht. **MARKUS SCHLAGNITWEIT**, Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs und Autor des soeben erschienen Buches „Einführung in die Katholische Soziallehre“ (s. Rezension von Karl Immervoll auf S. 20 in diesem Heft), zeichnet Zugänge und Argumente von Papst Franziskus nach und verweist auf den Konnex von Katholischer Soziallehre und der Forderung nach einem Grundeinkommen.

Nun also auch der Papst: Vor einem Jahr, am Ostersonntag 2020, hat Papst Franziskus in einem Brief Angehörige von vorwiegend in Lateinamerika tätigen Volksbewegungen (movimientos populares) und ihre oft verborgene Arbeit gewürdigt. Er nannte dabei Straßenhändler, Müllsammler, Erntearbeiter, Kleinbauern, Bauarbeiter und Menschen in pflegender Tätigkeit (und meinte damit in gleicher Weise Frauen wie Männer). Der Papst verwies auf ihre für das gesellschaftliche Zusammenleben wichtigen Beiträge. Weil sie für die Wirtschaft mit ihren marktorientierten Mechanismen aber weithin unsichtbar blieben, finde ihre Arbeit keine entsprechende

Anerkennung, geschweige denn rechtliche Garantien, die sie schützten.

Kein Arbeiter und keine Arbeiterin ohne Rechte

Dieses soziale Phänomen beschränkt sich freilich keineswegs auf den lateinamerikanischen Kontext: Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge arbeiten weltweit zwei Milliarden Menschen – ein Drittel davon Frauen – ohne jede Absicherung für Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Pension. Im Kontext der globalen Pandemie und ihrer notwendigen, das wirtschaftliche Leben stark einschränkenden Gegenmaßnahmen, könnten aufgrund mangelnder sozialer Absi-

cherungen am Ende sogar mehr Menschen an Hunger, Armut und Krankheiten sterben als am Virus selbst. Ähnlich das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das darauf hinweist, dass in den ärmsten Ländern der Erde sieben von zehn Arbeiter:innen von informeller Arbeit leben, aus der sie keine Ansprüche auf Sozialhilfe haben, und deshalb ein Grundeinkommen für diese Menschen fordert. Auf solche Beobachtungen gestützt, befürwortet auch der Papst in seinem Brief die Idee eines Grundeinkommens für arbeitende Menschen in prekären oder informellen Situationen – und zwar nicht nur zur, sondern auch nach Überwindung der Pandemie-Krise: Ein solches Grundeinkommen löse eine Forderung ein, die „so menschlich und zugleich so christlich ist: kein Arbeiter und keine Arbeiterin ohne Rechte.“

„Wage zu träumen“ – vom universellen bedingungslosen Grundeinkommen

Nur ein halbes Jahr später, im Herbst 2020, legte Papst Franziskus noch einmal nach: In seinem mittlerweile auch auf Deutsch erschienenen und auf Gesprächen mit dem Journalisten Austen Ivereigh basierenden Buch „Wage zu träumen!“¹ zeigt er mutige Wege aus der Covid19-Krise und fordert dabei nichts weniger als eine komplett neue Weltordnung bzw. eine Neuaus-



FOTO: PIXABAY

richtung der Gesellschaft in der Post-Covid-Welt. Eine zentrale Rolle spielt dabei erneut die Idee eines universellen bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Des Papstes wichtigste Argumente dafür lauten: Ein BGE würde die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt umgestalten und den Menschen die Würde garantieren, Beschäftigungsbedingungen ablehnen zu können, die sie in Armut halten würden. Es könnte den Menschen also eine nötige Basissicherheit geben, ferner das Stigma eines paternalistischen und zugleich in Abhängigkeit haltenden Wohlfahrtsstaates beseitigen und zudem den Wechsel zwischen Arbeitsplätzen erleichtern, wie es technologiegetriebene Arbeitsweisen zunehmend erfordern. Schließlich könnte ein BGE alle Menschen dazu befreien, das Verdienen des Lebensunterhaltes und den Einsatz für die Gemeinschaft miteinander zu verknüpfen.

Steuer- und Umverteilungssysteme, um Reichtum gerecht zu verteilen

Erst vor wenigen Tagen, am 15. Oktober dieses Jahres, wiederholte der Papst in einer Videobotschaft zum 4. Welttreffen der Volksbewegungen, denen bereits sein Osterbrief 2020 galt, sein Eintreten für ein universelles Grundeinkommen und verstärkte es damit: Ein solches ermögliche jedem Menschen den Zugang zu den grundlegendsten Dingen. Es sei „die Aufgabe der Regierungen, Steuer- und Umverteilungssysteme einzuführen, damit der Reichtum eines Teils gerecht verteilt wird, ohne dass dies zu einer unerträglichen Belastung wird, insbesondere für die Mittelschicht“. Heute erreichter Wohlstand sei das Ergebnis von Arbeit, Forschung und Innovation über Generationen hinweg. Doch auch die Verkürzung der Arbeitszeit müsse ernsthaft in Betracht gezogen werden, „um mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen“, so der Papst. Grundeinkommen und verminderte Arbeitszeiten seien beide „nötig, aber trotzdem nicht ausreichend“, und sie seien auch keine Lösung für „die enorme ökologi-

sche Herausforderung“, erklärte Franziskus. Sie seien aber „mögliche Maßnahmen“ und würden einen positiven Orientierungspunkt setzen.

Mangelnder Realismus des Papstes?

Papst Franziskus führt in seinen Botschaften seine Argumente für ein BGE zwar nicht dahingehend weiter aus, dass daraus sehr viel zu gewinnen wäre für die politische Debatte über die konkrete weitere Ausgestaltung eines BGE-basierten Sozialsystems, dessen Finanzierung und dessen Konsequenzen für andere gesellschaftliche Ressorts wie Bildung, Gesundheit, solidarisches Sozialversicherungswesen etc. Zahlreiche kritische Kommentare zur päpstlichen Befürwortung eines BGE unterstellen ihm deshalb mangelnden Realismus, bezweifeln seine Sachkompetenz oder relativieren des Papstes Ausführungen mit Blick auf dessen kulturellen Background: Möglicherweise meine die päpstliche Idee eines „universellen Grundeinkommens“ nur eine Art weltweite soziale Mindestsicherung auf derart niedrigem Niveau, dass sie zwar in den Armutsregionen dieser Welt, die der Papst möglicherweise mehr im Blick habe als seine Vorgänger, eine Verbesserung für hunderte Millionen Menschen bringen würde, aber etwa für europäische Sozialkontexte faktisch indiskutabel sei.²

Katholische Soziallehre als zentrale Bezugsbasis für innerkirchliche Debatte um Grundeinkommen

Dennoch lassen sich von Papst Franziskus' zentralen Gedanken zum BGE starke Schlüsse ziehen für die innerkirchliche Auseinandersetzung um ein BGE, für welche die Katholische Soziallehre die zentrale Bezugsbasis bilden muss. Gelegentlich wird ja ausgerechnet diese auch gegen die Idee eines BGE ins Treffen geführt³ – meines Erachtens zu Unrecht. Alleine die Tatsache, dass Papst Franziskus in der oben erwähnten Videobotschaft vom 15. Oktober 2021, in der er sich dezidiert für ein universelles Grundeinkommen



Markus Schlagnitweit: Papst Franziskus sieht eine zentrale Rolle des BGE in einer neu geordneten post-Corona-Gesellschaft

FOTO: JOHANN WAGNER

ausspricht, gleichsam im selben Atemzug ausdrücklich Bezug nimmt auf die Katholische Soziallehre, sie als originäre „Doktrin der Kirche“ vorstellt und daran noch einige Überlegungen zu Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und soziale Teilhabe knüpft, spricht für die prinzipielle Vereinbarkeit der traditionellen kirchlichen Soziallehre mit der Idee eines BGE.

¹ Pp. Franziskus, *Wage zu träumen! Mit Zuversicht aus der Krise*, München (Kösel) 2021, ISBN 978-3-466-37272-0.

² So sinngemäß der Vorsitzende des deutschen Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) U. Hemel in einem Interview im Domradio.de vom 4.12.2020 (<https://www.domradio.de/nachrichten/2020-12-04/wirtschaftlich-unrealistisch-bku-zu-papst-forderung-nach-bedingungslosem-grundeinkommen>).

³ So etwa wiederholt der langjährige frühere Präsident der AKV DDR, Josef Zemanek.

INFO

Weiteres zur Vertiefung der argumentativen Begründung eines BGE aus der Katholischen Soziallehre: s. Beitrag von Markus Schlagnitweit im Online-Portal der Wochenzeitung „Die Furche“.

Recht auf Einkommen

Ein Grundrecht in der Katholischen Soziallehre

Karl Immervoll, Geistlicher Assistent der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, hat während seiner langen Jahre als Betriebsseelsorger im Oberen Waldviertel eine ganze Reihe von Projekten konzipiert und durchgeführt, die gute Arbeit und Existenzsicherung gewährleisten sollten, u.a. eine von Nikolaus Dimmel (s. S. 14–15) und Franz Schandl wissenschaftlich begleitete Probephase, in der eine Gruppe langzeiterwerbsloser Menschen ein Grundeinkommen erhalten hatte. Die Ergebnisse des Projekts sind in der von Dimmel, Immervoll und Schandl herausgegebenen Publikation „Sinnvoll tätig sein. Wirkungen eines Grundeinkommens“, erschienen im ÖGB-Verlag, niedergelegt. Im folgenden Beitrag argumentiert **KARL IMMERVOLL** ein Bedingungsloses Grundeinkommen auf Basis der Katholischen Soziallehre.

Im Herbst vor vielen Jahren besuchte ich gemeinsam mit dem Bischof einen Betrieb meiner Region. Wir wurden von der Geschäftsführung begrüßt, die Führung durch das Werk geschah durch den Obmann des Arbeiter:innenbetriebsrats. Er erzählte von der Produktion, von den Arbeitsverhältnissen, was erreicht wurde und wo auch Probleme liegen, und von den gerade anstehenden, jedoch stockenden Kollektivvertragsverhandlungen, bei denen er selbst seine Branche vertritt. Der Bischof unterbrach ihn und meinte, man müsse auch die Seite des Unternehmens sehen, das ja überleben müsse, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Darauf der Betriebsrat: „Herr Bischof, schauen sie sich die Männer hier an, die meisten sind Alleinverdiener mit Familie, mit sicherlich zwei oder drei Kindern. Und jetzt sagen sie mir bitte, wie ein gutes Leben mit einem Monatslohn von 1.300,- Euro brutto möglich ist, während die Aktionäre eine Ausschüttung jenseits des Jahreslohnes derselben Arbeiter bekommen?!“ Der Bischof sagte während der ganzen Besichtigung kein Wort mehr, hörte nur mehr zu.

Familieneinkommen in der Bibel

Im Matthäusevangelium steht das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg. Wir kennen die Geschichte, in der ein Gutsbesitzer am frühen Morgen, in der dritten, sechsten, neunten



Karl Immervoll: „Einkommen gebührt aufgrund des Menschseins – und nicht der Leistung. Es ist genug für alle da.“ **FOTO: PRIVAT**

und elften Stunde hinausgeht und Arbeiter für seinen Weinberg aufnimmt. Am Abend zahlt er allen den gleichen Lohn: Einen Denar! Den meisten unter uns erscheint das als höchst ungerecht, ist doch die Leistung zwischen denen, die am Morgen schon da waren und jenen, die nur eine Stunde gearbeitet hatten nicht vergleichbar. Stellen wir uns vor, einer unserer Betriebe in der Nachbarschaft würde dies umsetzen. Die Schreie nach Gerechtigkeit gingen durch alle Zeitungen. Aber da-

rum geht es in dieser Schriftstelle nicht: Der Gutsbesitzer will allen seinen Beschäftigten das Auskommen samt ihren Familien ermöglichen. Ein Denar ist jene Summe, die eine Familie zur damaligen Zeit für einen Tag zum Leben benötigte. In dieser Tradition steht die Soziallehre der Kirche. Schon die erste Enzyklika *Rerum novarum* von Leo XIII (1891) verlangt, „dass der Familienvater den Kindern den Lebensunterhalt und alles Nötige verschaffe.“ Noch deutlicher wird Johannes Paul II. in *Laborem*

exercens (1981): Er fordert wohl „das gerechte Entgelt für die geleistete Arbeit“, betont allerdings, „die gerechte Entlohnung eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine Familie trägt, muss dafür ausreichen eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und für die Zukunft zu sichern.“ Das kann durch einen guten Lohn passieren oder durch staatliche Zahlungen. Gegenleistung gibt es dafür keine!

Grundeinkommen als Weg?

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie fragil unser System ist: Mit dem ersten Lockdown standen viele Menschen ohne Unterstützung da: Reinigungsfrauen, Student:innen in Jobs, Künstler:innen, Gelegenheitsarbeiter:innen, ... Und dann gab es diejenigen, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiteten: Mitarbeiter:innen in den Lebensmittelmärkten, Pflegekräfte, Betreuer:innen, Krankenhauspersonal, Pädagog:innen, Menschen im öffentlichen Dienst und viele andere. Sie alle haben Unglaubliches geleistet, wurden beklatscht. Aber wurden sie der Leistung entsprechend bezahlt? Straft es nicht längst Lügen, wenn behauptet wird: Leistung muss sich lohnen? Was ist mit den vielen Menschen – vor allem Frauen – die die gesellschaftlich notwendige Arbeit machen, dafür aber nicht bezahlt werden? Auch die österreichischen Bischöfe machten sich im Pfingsthirtenbrief 2020 Sorgen um das Sozialfundament unseres Landes und fordern neue Formen der sozialen Sicherung. Und weiter: „Ob ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen ein sinnvoller Weg ist, muss diskutiert werden.“ In das gleiche Horn stößt Papst Franziskus in seiner Ansprache an die Volksbewegungen schon zuvor am Ostersonntag. Er meint, es kann nicht sein, dass jene, die am Rand der Gesellschaft leben, die die Lösungen der Marktwirtschaft nicht erreicht, die auch

nicht ausreichend Hilfe und Schutz durch den Staat erhalten, warten sollen, „ob vom Tisch derer, die die wirtschaftliche Macht haben, vielleicht das eine oder andere Almosen zu ihnen hinabfällt.“ So kommt der Papst zu dem Schluss: „Vielleicht ist jetzt die richtige Zeit über ein universales Grundeinkommen nachzudenken, das die wichtigen und unersetzlichen Aufgaben anerkennt und würdigt, die sie erfüllen; ein Einkommen, das den ebenso menschlichen wie christlichen Leitsatz dauerhaft Wirklichkeit werden lassen kann.“

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit

Damit ist der Punkt erreicht, an dem die Frage steht: Was heißt Arbeit? Im Sinne der sozialen Botschaft der Kirche ist damit nicht unbedingt Erwerbsarbeit gemeint. Menschliche Arbeit steht in Verbindung mit den Fähigkeiten jeder einzelnen Person. Diese zu entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen wäre eine Möglichkeit der Beschreibung. Es hat dann etwas mit Schöpfung zu tun.

Im Anfang war das Wort (im griechischen Text: logos) und das Wort war bei Gott und das Wort war Gott. Alles ist durch das Wort geworden und ohne es wurde nichts, was geworden ist. So beginnt das Johannesevangelium. Und es bezieht sich auf den ersten Schöpfungsbericht, ganz vorne im Buch Genesis. Gott sprach, es werde ... und da steht im Hebräischen *dabhar* und meint so etwas wie die Einbeziehung aller Kreativität, sodass wir es besser übersetzen würden mit: die schöpferische Kraft. Der Schuster, der eine Vorstellung von einem Schuh hat, ihn entwirft, plant, das Leder auswählt und schließlich für jemanden herstellt, ist in seiner Arbeit erkennbar. Er betrachtet den Schuh als sein Werk. Es ist ein Einzelstück! Dahinter steckt schöpferische Energie. Wir sind in dem was wir schaffen erkennbar. Wo das Dasein

um seiner selbst willen geliebt wird und wegen seiner eigenen Schönheit (statt des Zwecks), dort findet schöpferische Spiritualität statt. *dabhar* braucht Raum, braucht Entfaltung und lässt sich nicht einsperren. Im Job ist das mitunter nicht möglich!

Arbeit als Segen

... und Gott sah, dass es gut war... heißt es weiter im Buch Genesis. Die schöpferische Kraft führt also zum Guten, wird zum Segen! Segen ist damit das Wort hinter dem Wort. Es hat auch mit Beziehung zu tun: Die segnende Person und die Segen empfangende haben immer miteinander zu tun. Arbeit oder Schaffen oder Tätigsein bedeutet demnach etwas zutiefst Persönliches. Das Paar Schuhe das ich nicht für das Lager produziere, sondern für eine bestimmte Person, bedeutet Beziehung und ein Werden zum Guten - auch wenn es mitunter mit Mühen verbunden ist. Daher wurde das Grundeinkommensprojekt (von April 2017 bis Jahresende 2018) im Waldviertel „Sinnvoll Tätig Sein“ genannt. Die Teilnehmer:innen waren eingeladen sich zu fragen: Was möchte ich von Herzen gerne tun? Und es war erstaunlich was möglich wurde: Die Befreiung von Druck und der Zuspruch von Anerkennung ermöglichte neue Perspektiven, öffnete den Blick für eigene Bedürfnisse und des Umfeldes. Neue Tätigkeiten entstanden, im gemeinsamen Tun wurde Kreativität freigesetzt.

Bedingungslos

Uns ist das Leben bedingungslos gegeben. Arbeit im obigen Sinne haben wir genug. Es braucht also kein Recht auf Arbeit. Es braucht das Recht auf Einkommen – bedingungslos. In der Sprache der Soziallehre: Einkommen gebührt aufgrund des Menschseins - und nicht der Leistung. Es ist genug für alle da!

Grundsicherung muss „gute Arbeit“ ermöglichen

Das Bedingungslose Grundeinkommen ein „Passepartout-Begriff“?

Eine kritische Betrachtung der Debatte um ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ liefert **NIKOLAUS DIMMEL**, Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg und Geschäftsführer des „Zentrums für Sozialwirtschaft“ in Graz sowie der „InnoSozial“ in Salzburg. Nikolaus Dimmels Fazit: die „Würde des Menschen“ liegt nicht in der „Befreiung von Arbeit durch Transferleistung,“ sondern in der „existentiell abgesicherten Selbstverwirklichung durch selbstbestimmte Tätigkeit“.

Das Vorhaben einer Realisierung eines generellen Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ohne Bedürftigkeitsprüfung und Gegenleistung (qua Erwerbsarbeit) setzt sich kritischen Bedenken aus. Ohnehin scheint es sowohl im Lichte politischer Mehrheitsverhältnisse als auch den Einstellungen des Elektorates dazu auf absehbare Zeit nicht realisierbar zu sein. Der pragmatische Fokus liegt daher auf bestimmten Zielgruppen, zugunsten derer eingesockelte Transferleistungen, welche funktional einem BGE entsprechen, umsetzbar sind. Zu diesen gehören nach den Senior:innen (Ausgleichszulage) in erster Linie Kinder (Grundsicherungsmodell der Volkshilfe) und Menschen mit Beeinträchtigungen (2-Säulenmodell der Lebenshilfe). In zweiter Linie lassen sich hier auch die Begünstigten von Lohnkostenzuschuss- und Jobgarantiemodellen nennen, wenn und so weit

Lohnuntergrenzen von der Leistungsfähigkeit von Erwerbspersonen abgekoppelt sind.

Sollbruchstellen bei der Konstruktion eines generellen Bedingungslosen Grundeinkommens

Soll indes ein generelles BGE einlösen, was ihm aus sozialpolitischer Sicht zugeordnet ist, nämlich armutsvermeidend/existenzsichernd zu sein, und zudem sowohl individuell als auch kollektiv emanzipatorische, bemächtigende Wirkungen zu entfalten, so ist der Blick auf mehrere Sollbruchstellen scharf zu stellen:

Zum Ersten gilt es, das BGE als justiziables Grundrecht (Dimmel 2003a) auszugestalten, also einen durchsetzbaren Rechtsanspruch als soziales Grundrecht bzw. einen individuellen Anspruch auf staatliche Verteilungspolitik zu verankern. Dessen Inartikulation in den Grundrechtekatalog ist umstritten, da dies die Steuer- und Abgabenquote massiv anheben, den Staat zu Verteilungsmaßnahmen verpflichten und damit die Entwicklungsoffenheit der Verfassung aufheben würde.

Zum Zweiten gilt es, ein BGE nachhaltig und berufbar in armutsvermeinder Höhe auszugestalten. Ein darunter liegendes Transferleistungsniveau würde das BGE in eine indirekte Lohn-

kostenbezuschung im Niedriglohnssektor verwandeln (Dimmel 2006; 2019a).

Zum Dritten muss ein BGE in die bestehende Architektur von Versicherung und steuerfinanzierten Transferleistungen eingefügt werden, da eine Reihe von Leistungen von Krankenversicherung über Jugendhilfe, Behindertenhilfe als Teilhabe und Vermittlung von Chancengleichheit bis hin zu Pflege durch ein BGE nicht ersetzt werden können. Erhielte jeder:zudem ein BGE losgelöst von seinen/ihreren Einkommens- und Vermögensverhältnissen, auch wenn Beträge bei Vermögenden/Besserverdienenden im Steuerausgleichwege wiederum abgeschöpft würden, so müssten doch erhebliche Finanzmassen bewegt werden (bei einer Jahresleistung von 15.000 wären dies 135 Mrd € nur in Form von Geldleistungen; ggw. liegt das Sozialbudget bei 112 Mrd €). Das zu bewegende Gesamtvolumen des Sozialbudgets stiege auf etwa 205 Mrd. Kontraintentionale bürokratische Kontrollmaßnahmen wären unausweichlich (Butterwegge 2015).

Zum Vierten muss das Verhältnis zwischen BGE und Erwerbsarbeit im Sinne des Mindestabstandsprinzips vermesen werden. Ein BGE setzt voraus, dass Löhne/Gehälter zumindest auf dem Niveau von 1.350.– € (1.700.– € brutto) liegen. Ein BGE ohne Einbindung der tarifautonomen Sozialpartner ist damit von vorneherein zum Scheitern verurteilt.



Nikolaus Dimmel: Was es braucht, ist die Absicherung von „decent work“, also „guter Arbeit“

FOTO: PRIVAT

Zum Fünften muss die Finanzierung eines BGE die refeudalisierte Schieflage der Verteilung von Vermögen und arbeitslosen Einkommen korrigieren und darf nicht auf degressiven Verbrauchssteuern beruhen.

Zum Sechsten muss ein BGE aus der Perspektive einer sozial-inklusiven und damit latent kapitalismus-kritischen Konzeption von Sozialpolitik in seinen system-reproduzierenden Wirkungen hinterfragt werden. Reproduziert es doch die Geld-Ware-Logik der Märkte

Zum Siebten adressiert ein BGE sowohl im Lichte der EU-SILC-Methodologie als auch der Bedarfskomponenten im System bekämpfter Armut (Sozialhilfe) Bedarfe, die sozialpolitisch nur durch Formen des öffentlichen Eigentums sowie markt-regulative Maßnahmen erfasst und abgedeckt werden können. Eine sozial-inklusive Sozialpolitik löst die Wohnungsfrage für vulnerable Unter- und Mittelschichten aus dem Wohnungsmarkt heraus, überführt sie in ein eigenständiges Wohnungssiche-

sozialpolitischer Parkplatz für die Verlierer:innen marktfundamentalistischer Standortbewerbe. Machtfragen werden am Ende des Tages faktisch nicht in der Sphäre der Verteilung, sondern der Produktion entschieden. Die vielbesungene Würde des Menschen, welche der doppelt freien Lohnarbeitskraft systematisch versagt wird, liegt daher nicht in der kategorialen Befreiung von Arbeit durch Transferleistung, sondern in der existentiell abgesicherten Selbstverwirklichung durch selbstbestimmte Tätigkeit. Eine Grundsicherung soll gute Arbeit („Decent Work“) ermöglichen. Denn es ist die Arbeit in all ihren Bezügen, die uns vergesellschaftet.



Bedingungsloses Grundeinkommen: Ein abgenutzter Begriff bzw. „sozialpolitischer Parkplatz für Verlierer:innen“? FOTO: PIXABAY

wie dies bereits das Pflegegeldsystem tat, welches einen Bedarf nach Absicherung eines zwischenzeitig typisierten Risikos in eine letztlich Marktpreise nicht deckende Transferleistung übersetzte. Ein sozial-inklusiver Sozial- und Wohlfahrtsstaat priorisiert demgegenüber Rechtsansprüche auf Sach- und Sozialdienstleistungen im Sinne einer finalen, unmittelbaren Bedarfsdeckung, abgesichert durch Institutionengarantien, welche ein Unterlaufen von Leistungsniveaus verunmöglichen. Dies kommt einer indirekten Subventionierung von Leistungen der Daseinsvorsorge bei Nullkostenniveau gleich. Anstatt Mobilitätskosten in ein BGE einzupreisen, sollten öffentliche Verkehrsmittel kostenfrei zu Lasten des Individualverkehrs zugänglich sein. Gleiches gilt für die Teilnahme an (Aus)Bildungsprozessen und dem kulturellen Leben. Es geht darum, das „gute Leben“ zu entmarktlichen und mithilfe eines BGE eine Teilnahme an Markt-Spielen zu ermöglichen, auf denen profitorientierte Anbieter Preise und Qualität kartellieren.

rungsrecht, verpflichtet Gebietskörperschaften zur Schaffung von leistbarem Wohnraum mittels der Schaffung von Vorbehaltsflächen, des Haltens von Baulandreserven, der Einrichtung eines 'Pools' von Gemeindewohnungen, einer Vertragsraumordnung, Enteignungsregelungen, Spekulations- und Fehlbelegungsabgaben etc.

Eine Grundsicherung soll gute Arbeit ermöglichen

Zwischenzeitig ist das BGE zu einem Passepartout-Begriff geworden. Es löst die historische Defensive der Vertretung der Interessen der Lohnarbeitenden im Verteilungs- und Mitbestimmungskonflikt (Offe 2009) nicht. Mehr noch transferiert es den Verteilungskonflikt in einen genuin politischen Konflikt, in dem sich europaweit bedingt durch die nationalistischen Desolidarisierungssappelle rechtspopulistisch-rechtsextremer Parteien soziale Ausschließungskonsense unter den abrutschenden Mittelschichten herausgebildet haben. Ein BGE wäre dann nichts weiter als ein

LITERATUR

Butterwege, C. (2015): Das bedingungslose Grundeinkommen zerstört den Sozialstaat; URL: <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/217778/das-bedingungslose-grundeinkommen-zerstoert-den-wohlfahrtsstaat>

Dimmel, N. (2003): Verfassungsrechtliche Probleme einer bedarfsorientierten Grundsicherung; in: E.Talos (Hrsg): Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien 2003, S. 212 ff.

Dimmel, N. (2006): Grundsicherungsdebatte und Arbeitsmarktpolitik; in: C.Stelzer Orthofer (Hrsg): Arbeitsmarktpolitik im Aufbruch, Wien 2006, S. 312 ff.

Dimmel, N. (2019): Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel? Grundeinkommen zwischen Teilhaberversprechen und Stilllegungsprämie; in: N. Dimmel / K. Immervoll / F. Schandl (Hg): Sinnvoll tätig sein. Wirkungen eines Grundeinkommens, Wien, S. 91 - 110.

Offe, C. (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat; in: H. Neuendorff / G. Peter/ F. Wolf (Hg): Arbeit und Freiheit im Widerspruch?, Hamburg, S. 20 ff.

Solidarische Ökonomien für eine bessere Gesellschaft

Gute Arbeit und gerechte Verteilung erfordern eine Demokratisierung der Wirtschaft

Wenn es darum geht, Demokratisierung auch in der Wirtschaft voranzutreiben, braucht es Modelle wie die „solidarische Ökonomie“, die in Lateinamerika, insbesondere Brasilien, aber auch in Europa seit vielen Jahren Begriff und konkretes Arbeitsfeld innovativer Unternehmer:innen ist. Andreas Exner, Experte für sozial-ökologische Transformation an der Karl Franzens-Universität Graz und langjähriger Proponent eines „solidarischen Wirtschaftens“ in Österreich, hat in der Steiermark eine Wanderausstellung zum Thema gestaltet, die von der KAB Steiermark unterstützt wurde. U.a. wurde sie auf Initiative des „Fonds für Arbeit und Wirtschaft“ im Ordinariat der Diözese gezeigt, eröffnet hatte sie Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl. Für ZeitZeichen verfasste **ANDREAS EXNER** nachfolgenden Beitrag.

Viele gesellschaftliche Entwicklungen werden in den letzten Jahren von wachsenden Widersprüchen geprägt. Zwar gewinnen jene Strömungen an Zuspruch, die Lösungen für ökologische und soziale Probleme entwickeln: so etwa die Bewegung „Fridays for Future“ mit Blick auf den Klimawandel, oder feministische Initiativen, die in den letzten Jahren verstärkt gegen patriarchale Ungerechtigkeiten aufstehen. Doch zugleich nehmen auch jene Kräfte zu, die darauf abzielen, soziale und ökologische Spaltungen in der Gesellschaft zu vertiefen.

Das Grundthema der Konflikte

Die Konflikte der heutigen Zeit bieten ein verwirrendes Bild. Es scheint dabei um viele verschiedene Themen zu gehen, die kaum miteinander zusammenhängen. Doch trägt dieser Ein-

druck. In Wahrheit drehen sich alle Konflikte heute um die Frage, wer in welchem Maße das Zusammenleben mitgestalten kann und soll. Diese Frage nimmt eine Vielfalt an konkreten Formen an. Um einige Beispiele zu geben: Dürfen Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunft und Einkommen ihre Lebensverhältnisse bestimmen? Darf ein Teil der Menschen in Österreich andere von politischer Mitbestimmung ausschließen, selbst wenn diese schon lange im gleichen Land arbeiten und Steuern zahlen oder hier geboren sind? Dürfen Menschen im Globalen Norden die Folgen ihrer Lebensweise in den Süden „exportieren“? Viele Konflikte zu solchen Fragen entzünden sich also letztlich daran: Wer darf über das Zusammenleben mitbestimmen? Sie drehen sich um die Frage der Demokratie.

Demokratie muss gelebt werden

Demokratie ist zerbrechlich und muss immer wieder neu verteidigt werden. Aber sie ist zudem in hohem Maße unvollständig. Dieser Mangel erleichtert die zunehmenden Angriffe gegen demokratische Kultur, Entscheidungsverfahren und Institutionen, denn diese Angriffe werden gewissermaßen aus dem Schatten der offiziellen Bekenntnisse zur Demokratie geführt. Sie finden ihren Rückzugsraum und Rückhalt im Alltag abseits der Wahlzellen und Parlamente, der Misstrauensanträge und Untersuchungsausschüsse. Diese Elemente bilden den absoluten Mindeststandard einer Demokratie, sind aber nicht ihr wirklicher Kern.

Demokratie besteht nicht in Mehrheitsentscheidungen. Demokratie ist vielmehr eine Lebensform: am Küchentisch, auf der Straße, in den Medien, in den Wirtshausdebatten, an den Schulen und Universitäten. Aber das ist noch nicht genug. Wir müssen auch die Wirtschaft demokratisieren. Demokratie kann nicht einfach vor den Bürotüren oder Fabrikstoren Halt machen. Eine Demokratie, die nur im Parlament existiert, ist bestenfalls halbiert. Sie gerät bei größeren Krisen in Bedrängnis, weil sie nicht Alltag ist.

Ökologie und Soziales brauchen Demokratie

Mit einer halbierten Demokratie sind

Andreas Exner: „Es sind Verfahren notwendig, um allen Menschen zu ermöglichen, deren wirtschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten. Das heißt, es geht um Wirtschaftsdemokratie. Soziale Bewegungen bezeichnen sie heute oft als Solidarische Ökonomie.“

FOTO: PIXABAY





INFO

Von Andreas Exner ist im November das Buch „Ökonomien der Gabe. Frühsozialismus, Katholische Soziallehre und Solidarisches Wirtschaften“ im Mandelbaum-Verlag erschienen:

<https://www.mandelbaum.at/buecher/andreas-exner/oekonomien-der-gabe/>

Andreas Exner: Eine sozialökologische Transformation wird es ohne „solidarisches Wirtschaften“ nicht geben **FOTO: PRIVAT**

die großen ökologischen und sozialen Probleme nicht zu lösen. Denken wir dabei etwa an den notwendigen Umbau der Wirtschaft. Ganze Sektoren müssen neu orientiert, viele Aktivitäten müssen ersatzlos eingestellt werden. Denn vor allem die Länder des Globalen Nordens müssen ihren Ressourcenverbrauch reduzieren. Nehmen wir die Autoindustrie als Beispiel. Sie hat im heutigen Ausmaß keine Existenzberechtigung. Im Gegenteil: Sie ist zur Menschheitsgefahr geworden. Das bedeutet freilich nicht, dass die Autounternehmen ganz einfach ohne weitere Überlegung geschlossen werden sollten.

Einmal davon abgesehen, dass das politisch gar nicht möglich wäre, ist dabei zunächst immer an jene Menschen zu denken, die in umweltschädlichen Unternehmen arbeiten. Auch wenn „business as usual“ keine Option mehr ist, müssen die Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen der Menschen in diesen Unternehmen genauso gehört werden wie die anderer. So ist erstens demokratisch auszuhandeln, was mit umweltschädlichen Unternehmen geschieht. Ihre Gebäude und Maschinen, ihr Wissen könnten zum Beispiel beim Umweltschutz helfen. Zweitens ist gemeinsam zu gestalten, woran Menschen sinnvoll mitarbeiten können, wenn die Autoindustrie dafür keine Möglichkeit mehr bietet. Ihre Fähigkeiten könnten etwa in der Reparatur- und Kreislaufökonomie oder im Dienstleistungsbereich gebraucht werden.

Solidarische Ökonomie ist Wirtschaftsdemokratie

All diese Aushandlungsprozesse erfordern die Demokratisierung der Unternehmen. Darüber hinaus sind Verfahren notwendig, um allen Menschen zu ermöglichen, deren wirtschaftliche



Andreas Exner: „Mit einer halbierten Demokratie sind die großen ökologischen und sozialen Probleme nicht zu lösen.“ **FOTO: PIXABAY**

Rahmenbedingungen mitzugestalten. Das heißt, es geht um Wirtschaftsdemokratie. Soziale Bewegungen bezeichnen sie heute oft als Solidarische Ökonomie.

Solche Ökonomien sind zwar immer noch eine Randerscheinung. Sie sind aber durchaus bedeutend. So gibt es beispielsweise rund drei Millionen Genossenschaften weltweit. Mehr als zehn Prozent aller Menschen sind Mitglied in einer Genossenschaft. Diese schaffen zudem mit rund zehn Prozent al-

ler Arbeitsplätze weltweit. In einigen Ländern wie Frankreich produzieren Genossenschaften mehr als zehn Prozent des nationalen Brutto Produkts. In manchen Regionen wie in der Emilia Romagna in Italien oder im spanischen Baskenland schließen sich Genossenschaften sogar zu Netzwerken der Solidarität zusammen. Sie helfen einander in Krisen, unterstützen sich bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben und stabilisieren damit nicht zuletzt die regionale Wirtschaft. Sie schaffen sinnvolle Arbeit und ermöglichen Teilhabe. Damit verbessern sie auch die demokratische Kultur. Wenn der Alltag in einem Unternehmen oder einer Bildungseinrichtung demokratisch gestaltet wird, dann finden jene Kräfte, die der Demokratie gegenüber feind-

lich eingestellt sind, weniger Rückhalt. Das erleichtert auch gemeinsam über den Zweck und die Art der Produktion zu diskutieren und Lösungen zu finden.

Von den heute bestehenden Solidarischen Ökonomien aus ist es noch ein weiter Weg bis zu einer Demokratisierung der ganzen Wirtschaft. Wir müssen diesen Weg aber gehen, wollen wir Antworten auf die ökologischen und sozialen Krisen finden. Dieser Weg beginnt hier und jetzt.

Dialogues for Future

Sprechen über POSITIVE Zukunftsbilder

„Ich lade dringlich ein zu einem neuen Dialog über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten. Wir brauchen ein Gespräch, das uns alle zusammenführt...“, schreibt Papst Franziskus in seiner Enzyklika Laudato Si. Und ja, mittlerweile werden auch immer mehr Gespräche über unsere Zukunft geführt. Nur führen diese uns häufig nicht zusammen und erzeugen auch keine Freude auf das, was kommen wird. An einem Vorhaben arbeiten wir aber nur dann gerne und leidenschaftlich, wenn wir ein Ziel vor Augen haben, das uns mit Begeisterung erfüllt.

Derartige positive Assoziationen mit unserer Zukunft standen am 5. November im Mittelpunkt der Veranstaltung „Dialogues for Future“. Katharina Novy und Gert Dressel führten die rund 20 Teilnehmer:innen durch einen Workshopnachmittag, bei dem die Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie einen zentralen Stellenwert einnahm. Wodurch waren positive Erlebnisse in meiner Vergangenheit geprägt? In den Geschichten aller zeigten sich wiederkehrend

dieselben Thematiken: der Wunsch nach mehr Zeit zur eigenständigen Gestaltung, nach Gemeinschaft und dem Raum, diese zu erfahren, sowie die Sehnsucht nach Einfachheit. Kann dies eine Orientierung bieten? Zukunft lediglich mit Bildern des materiellen Verzichts zu verbinden, erscheint nicht mehr gerechtfertigt, wenn auf anderer Ebene so einiges gewonnen werden kann. Wie wäre es zum Beispiel mit einer Zukunft des Zeitwohlstandes?

Sarah-Maria Macheiner



v. r. n. l.: Katharina Novy (Workshopleiterin), Gert Dressel (Workshopleiter), Katharina Melchert, Dan Jakubowicz, Anna Gatschnegg, Dieter E. Gansterer, Sarah-Maria Macheiner (KAB Diözesansekretärin) FOTO: KAB

„Was ich wirklich wirklich will?“

oder „Muss ich mich weiter durchbeißen?“

KAB Wien bietet Erfahrungsräume zur Neuausrichtung von Berufs- und Lebenszielen



Im September 2021 standen in der vierteiligen Workshopreihe „Berufs- und Lebensnavigation“ die tatsächlichen Berufs- und Lebensziele der Teilnehmenden im Mittelpunkt. Die Frage der „Existenzsicherung“, also die eigene Familie und sich selber gut versorgen zu können, verbunden mit dem Wunsch, eine Erwerbsarbeit

auszuüben, die den eigenen Werten entspricht, stand bei dieser Gruppe klar im Mittelpunkt. „Will ich für eine 'sinnerfüllte Arbeit' vielleicht sogar wirklich in eine schlechter bezahlte Branche wechseln?“ formulierte eine Teilnehmerin dazu ihre Bedenken.

In Einzel- und Gruppenarbeit, durch kreative Übungen und Rollenspiele wurden die eigene Arbeit, die individuellen Werte, Fähigkeiten und Träume aus verschiedenen Perspektiven abgeklopft. Die angestrebten Neuausrichtungen wurden abgewogen und tatsächlich machbare nächste Schritte geplant. Perspektivenwechsel und Ermutigung im Austausch machten sichtbar, welchen Beitrag jede Person im ei-

genen Umfeld einbringt und welche, oft gar nicht bewusst wahrgenommenen, Fähigkeiten vorhanden sind.

Dadurch konnte manche:r Selbstbewusstsein aufbauen, um für Wertschätzung im Arbeitssystem einzutreten. Andere richteten die Aufmerksamkeit auf bisher unbeachtete Lebensbereiche und erhielten zusätzliche Vor- und Nachteile sowie neue Möglichkeiten als Entscheidungshilfen.

INFO

Katja Vlcek, Psychotherapeutin, leitet und begleitet die KAB-Workshopreihe. Informationen über die nächste Workshop-Reihe: p.kuhlmann@edw.or.at

Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen

KABÖ erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten im Handel

„Seit nunmehr 20 Monaten arbeiten die im Handel Beschäftigten unter äußerst erschwerten Bedingungen. Auch diese Tatsache muss sich in den Ergebnissen der laufenden Kollektivvertragsverhandlungen niederschlagen“, so die Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung in einer Presseaussendung vom 12. November. Gerade eine so große Branche wie der Handel, mit einem Frauenanteil von 70% unter den 430.000 Beschäftigten, zeige auf, dass neben ausreichender Bezahlung zu einem guten Arbeitsplatz auch Planbar-

keit, das heißt konkret Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gehöre, sowie Arbeitszeiten, die ausreichende Erholungszeiten ermöglichen. Arbeitszeiten am Tagesrand (5 Uhr früh oder bis 22 Uhr am Abend) müssen gerade auch im Handel zuschlagspflichtig bleiben bzw. werden, so die KABÖ.

Gehaltserhöhung, Nachtzuschläge, faire Bezahlung, Digitalisierungsbonus

Konkret gehe es also um eine kräftige Gehaltserhöhung, Zuschläge bei

Nachtarbeit, eine faire Bezahlung bei Mehrarbeit mit gleichen Rechten für Teilzeitbeschäftigte und einen Digitalisierungsbonus für Lehrlinge. Und, so KABÖ-Bundesvorsitzende Anna Wall-Strasser: „Der arbeitsfreie Sonntag im Handel muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben! Die katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich erklärt sich mit den Beschäftigten im Handel und ihren Forderungen solidarisch!“

Pflege- und Sorgearbeit aufwerten

Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung appelliert an Politik

Anlässlich des „Welttags für menschenwürdige Arbeit“ am 7. Oktober hat die KABÖ in einer Presseaussendung an die Politik appelliert, Berufe im Bereich von Pflege und Sorgearbeit (CARE) aufzuwerten: „Pflege- und Sorgearbeit muss aufgewertet werden, und das muss sich sowohl in angemessener Bezahlung, als auch in beziehungs- und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen niederschlagen“, so KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser in der Aussendung. Um den politischen Druck zu erhöhen, hat sich die KABÖ zuletzt der österreichweiten Initiative „Mehr für Care!“ angeschlossen, die u.a. für eine bessere finanzielle Ausstattung im CARE-Bereich eintritt. Schließlich seien gerade in diesem Bereich die Arbeitnehmer:innen in den letzten eineinhalb Jahren der Pandemie an ihre Grenzen gekommen. „Arbeitsverdichtung, hohe Verantwortung bei wenig Mitsprache,

niedrige Löhne und belastende Personalschlüssel“ bringe viele Menschen im Pflege- und Sozialbereich - die meisten davon Frauen - „an den Rand ihrer Kräfte“, so die KAB. Eine Mitarbeiterin in einem Altenheim wird in der Aussendung mit den Worten zitiert: „Es braucht rasche Veränderung, Wertschätzung durch kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. So halten wir das nicht mehr lange durch!“

Vier Säulen menschenwürdiger Arbeit

Aus Anlass des Welttages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober wolle man daher die vier Säulen menschenwürdiger Arbeit in Erinnerung rufen, so Wall-Strasser: „Existenzsicherung, Respekt und Wertschätzung, sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen dieser Erde“. Aus diesem Grund werde die KAB in

Form verschiedener Aktionen in den Diözesen und in den Betrieben Aktionen veranstalten und etwa gezielt Menschen an ihren Arbeitsplätzen besuchen.

Betriebsbesuche und Pressegespräch

Die KAB Oberösterreich besuchte am 7. Oktober gezielt Menschen an ihrem Arbeitsplatz in Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern, Kindergärten und Betreuungseinrichtungen für Schulkinder. Mittels Spruchkarte und Sackerlklammer als kleines Geschenk wurde verdeutlicht, dass es Zusammenhalt braucht im Einsatz für gute Arbeitsbedingungen. Die KAB Steiermark wiederum lud am 6. Oktober in Graz zu einem Pressegespräch mit der Sprecherin der „IG 24“, der Interessengemeinschaft der 24h-Betreuerinnen und -Betreuer.

BUCH-TIPP



KAB Diözesanverband Köln (Hg.)
**Zur Freiheit berufen.
Christen für ein
Grundeinkommen**
Bonifatius Verlag Köln, 2019
ISBN 978-3-89710-829-5
kartoniert, mit farbigen
Abbildungen
174 Seiten
Preis: € 18,90 (D)



Markus Schlagnitweit
**Einführung in die Katholische
Soziallehre.
Kompass für Wirtschaft,
Politik und Gesellschaft**
Wien, Herder-Verlag, 2021
ISBN: 978-3-451-38969-6
176 Seiten
Preis: € 18,00

Mit dem Konzept des Garantierten Grundeinkommens setzt die KAB Deutschland der gegenwärtigen Krise der Arbeit ihre positive Vision einer Tätigkeitsgesellschaft entgegen, die sich an der Würde des Menschen orientiert. In dem Buch, das der KAB Diözesanverband Köln vorgelegt hat, geht es aber nicht primär um das KAB-Modell, vielmehr beleuchten Expertinnen und Experten aus verschiedenen Professionen und Fachrichtungen bestimmte Aspekte oder Herausforderungen vor dem Hintergrund der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Debattiert wird die Frage, was Katholische Soziallehre, der Begriff der Freiheit und die Idee des Grundeinkommens miteinander verbindet, wie ein Grundeinkommen vor Armut schützen kann, was es für die Care-Krise bedeuten und was zu einer sozial-ökologischen Transformation „Vom Haben-Müssen zum Sein-Können“ beitragen kann. Es geht um Finanzierungsmodelle eines Grundeinkommens, um mögliche Schritte einer Umsetzung, erste Erfahrungen mit Versuchen einer Umsetzung. Mit Beiträgen von u.a. Margit Appel, Magdalena Holztrattner, Franz Segbers, Michael Schäfers, Ute Fischer, Antje Schrupp, Ulrich Schachtschneider.

Markus Schlagnitweit hat zum 130. Jahrestag der ersten Sozialzyklika mit seiner Einführung in die Katholische Soziallehre ein durchaus praktisches Büchlein vorgelegt. Auf etwa 150 Seiten gibt er eine knappe Übersicht über das, was denn Soziallehre ist und über ihre Methode – dabei beruft er sich auf Joseph Cardijns Sehen-Urteilen-Handeln. Der zweite Teil ist ein Überblick über alle wichtigen Dokumente von Rerum novarum bis Fratelli tutti. Dieser Abschnitt eignet sich auch gut als Nachschlageteil für die einzelnen Enzykliken, die in wenigen Seiten vom Umfeld der Entstehung und ihrem Inhalt beschrieben werden. Im abschließenden 3. Teil führt er die Grundprinzipien der Soziallehre an: Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl. Er nennt dann noch 3 abgeleitete (Sub-)Prinzipien, nämlich Option für die Armen, Nachhaltigkeit und Dialog. Schlagnitweit nennt sein Buch Kompass für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. In Knappheit und Übersichtlichkeit ist ihm das durchaus gelungen.

Rezension: Karl Immervoll

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien